

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 27. Juni.

Der Gemeinderat erledigte heute die Generaldebatte und die Hälfte der Spezialdebatte über das Budget. Der Finanzreferent Breiener teilte mit, daß der Präsident Seig und der Vizepräsident Finkl mit den vom Staatssekretär für Finanzen der Stadt Wien gemachten Zusagen einverstanden sind und daß heute ein Kabinettsrat beschloffen hat, sie der Nationalversammlung vorzulegen und dort zu vertreten. Damit sind diese vom Staate zugesagten Einnahmen der Stadt Wien gesichert und rund die Hälfte des Defizits gedeckt. Für die andere Hälfte wird durch eine Kreditoperation vorgesorgt.

In der Generaldebatte sprachen von den Sozialdemokraten Genossin Glöckel über Schulreform, Dr. Fritz Winter über Heimatsrecht und Bürgerangelegenheiten, wobei er mitteilte, daß die sozialdemokratische Mehrheit Bürger nicht mehr ernennen werde. Skaret und der Referent Breiener besorgen die Polemik gegen die oppositionellen Redner. Die Opposition kam natürlich viel ausgiebiger zum Worte als die Mehrheit, da ihr die Sozialdemokraten Gelegenheit zur Kritik und zu Anregungen für die Verwaltung geben wollten. In den Anregungen zur Verbesserung der Verwaltung ist indessen die Opposition ungemein bescheiden. Wie es besser zu machen wäre, als es die Sozialdemokraten machen, dafür bringen all die vielen oppositionellen Redner so viel wie gar nichts. Dagegen muß verzeichnet werden, daß sich die Debatte im allgemeinen auf einem ungleich höheren Niveau bewegt als es bei früheren Budgetdebatten der Fall war.

Fortsetzung der Budgetdebatte.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters wird die Debatte über den Hauptvoranschlag fortgesetzt. Als erster Redner spricht

Schmitt (Christlichsozial): Die Wohnungsaufwandsteuer, die eine Frage der Zeit geworden ist, ist daher nicht nach der Wohnungsgröße, auch nicht nach der Finanzhöhe zu berechnen, sondern muß ermittelt werden aus der Anzahl der einzelnen Familienmitglieder und der Wohnungsgröße. Schuß und Förderung des Familienlebens muß auch in der Wirtschaftspolitik berücksichtigt werden. Wenn man die 23.000 Kronen für die ehrwürdige Sitte der Fronleichnamspredigt freisetzt, so spricht daraus nicht das Prinzip des Sparens, sondern der religionsgegenwärtige Geist der Sozialdemokraten. Wir halten dafür, daß die Schulreform durch den bekannten Erlaß Glöckels bezüglich der religiösen Übungen äußerlich unglücklich eingeleitet worden ist, denn damit hat Glöckel selbst der ganzen Reform einen gehässigen antireligiösen Charakter aufgedrückt. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Dr. Blafakes (Jüdischnational): Der Antisemitismus der letzten Jahrzehnte in Wien hat die Abneigung der ganzen Welt hervorgerufen und man versteht es wohl, daß man an der Judenfrage sterben kann; daß man jedoch von der Judenfrage leben kann, das versteht man nicht. Empörung mußte es erregen, daß in dieser Stadt, in welcher 13 Prozent Juden leben, eine jüdenfreie Verwaltung durchgeführt wurde. Sie wurden aus dem Beamtenkörper und aus den Behrterberufen entfernt, so städtischen Bediensteten und Dienstleistungen wurden sie nicht zugelassen, durch Punkt und Konzeptionszwang wurden sie geübelt. Bei dem Antisemitismus der Christlichsozialen ist es den Neuchjuden und den Banjuden sehr gut gegangen. Die armen Juden, die Beamten, Lehrer und Arbeiter und die armen Hausierer, wurden verfolgt und brotlos gemacht. Wir wollen im Geiste der gemeinsamen Arbeit alle zusammenheften, die schweren Schäden zu heilen, und wir glauben, daß es unseren Kraftanstrengungen gelingen wird, diese Stadt vor dem Bankrott zu schützen.

Der Zwischenruf des Gemeinderates Klimesch.

Klimesch (Tscheche): Ich las heute zu meiner größten Überraschung, daß ich gestern nach der Rede des Gemeinderates Erntner gesagt haben soll: „Die Wiener sollen kreperen!“ Ich erkläre kategorisch, daß dies nicht auf Richtigkeit beruht, und es sind auch deutsche Zeugen vorhanden, die mir dies bestätigen werden. Gemeinderat Erntner hat gesagt, daß die Stadt Wien deutsch bleiben muß, und ich habe beigefügt: Wahrscheinlich auch dann, wenn die Bevölkerung kreperen sollte! (Lebhafte Gegenrufe: Das ist nicht richtig! Aufse bei den Tschechen: Das war der Sinn!) Ich bedauere lebhaft, daß meine Worte verdrückt wurden, um die Wiener Bevölkerung gegen unsere Nation auszubehnen. Zum Schluß verliest der Redner einen Artikel aus den Christlichsozialen Bezirksnachrichten vom 11. August, der Ausfälle gegen die Tschechen enthält. Unter anderem heißt es darin über die Tschechen: „Diese Söhne einer Pöndin fanden es für gut, uns Deutschösterreicher und Wiener als Verprügelte und Besiegte, als ein Volk von Provokateuren... Dieses Blatt, sagt er, ist vom Herrn Skaret redigiert, dem gewissen Bezirksvorsitzer vom 11. August, der jetzt von der Gemeinde Wien eine beträchtliche Pension bezieht. Ob dieser Herr ein Tscheche ist, will ich nicht behaupten, daß er aber tschechisch nicht vergessen hat, ist sicher festgestellt und daß sein Vater sogar ein guter tschechischer Patriot war, können wir durch Zeugen beweisen... Nun beginnt Herr Klimesch tschechisch zu sprechen. Der Bürgermeister entzieht ihm das Wort.

Das Schulwesen in der Gemeinde.

Leopoldine Glöckel: Bei Neuanschaffungen der Schulbücher muß in Zukunft eine andere Auswahl getroffen werden. Während des Krieges wurde eine Revision vorgenommen, um festzustellen, ob sich in den vorhandenen Büchern nicht etwas befindet, was unsere damaligen Feinde in ein günstiges Licht setzt, und alles dieses wurde aus den Schulbibliotheken entfernt. In den heutigen Bibliotheken sind dafür noch immer viele Bücher enthalten, die unserer jetzigen Verfassung nicht mehr entsprechen. Wichtig wäre es auch, die Berichte der Schulärzte aus Rudolfsheim und Simshaus einzufordern und Schulärzte für alle Bezirke zu bestellen. Die Verlaunung reicht nämlich heute in weite Kreise der Bevölkerung. Die Schulärzte haben weiter festgesetzt, daß die Kopfläuse Krankheiten übertragen. So wurde in meiner Schule ein Fall einer Augenkrankheit festgestellt, der durch Übertragung durch eine Kopflaus verursacht wurde. Auch eine Auffklärung der Eltern ist notwendig, da die Mütter für die Köpfe ihrer Mädchen zittern. Die Gemeinde Wien, schließt die Rednerin, wird den Kindern gewiß geben, was sie brauchen und sorgen, daß die Kinder tüchtige, brauchbare Menschen werden zu unserer Freude und zum Nutzen für unsere Gemeinde. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Alma Seig (Christlichsozial) bemerkt unter anderem: In dem bekannten Erlaß Glöckel liegt ein großer pädagogischer Fehler darin, daß der einzige Unterrichtsstoff, der die Charakterbildung der Jugend bezwecken soll, nicht praktisch betätigt werden darf. Wie die Kinder zu erziehen sind, das müssen Sie wohl den Eltern überlassen. (Zustimmung bei den Christlichsozialen.)

Dr. Winter bespricht die Verhältnisse bei der Erwerbung des Heimatrechtes. Das ist eine Sache, aus der man lernen kann, in welcher unsozialem Geiste die Christlichsoziale Gemeinde Dinge

behandelt hat, die für die Bevölkerung von großer Wirkung sind. Sie witterten in jedem, der um die Aufnahme in den Heimatverband ansuchte, einen Menschen, der eine Pfunde bekommen will. Die Gesuche um die Zuständigkeit müssen loyal behandelt und loyal erledigt werden. Sie haben auch wegen der Taxen ein Abkommen mit der damaligen Statthalterei getroffen. Auch dies zeigt nicht von einem sozialen Geist, es müssen deshalb auf dem Gebiet der Zuständigkeit umfassende Reformen getroffen werden, damit Leute, die hier gearbeitet haben, hier alt geworden sind, auch nach Wien zuständig werden. Das Statut gibt der Gemeindeverwaltung auch das Recht, Bürger unter gewissen Voraussetzungen zu ernennen. Vom Standpunkt meiner Partei kann ich Ihnen sagen, daß wir gegen die Ernennung der Bürger sind, weil diese Einrichtung und demokratisch und unsozial ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wie die Tschechen die deutschen Schulen behandeln.

Kaufschal (Christlichsozial): Unser Entschluß, für den Voranschlag zu stimmen, baut darauf, daß wir noch immer nicht das Vertrauen verloren haben, daß es möglich sein wird, auch Jhresseits eine volle, gerechte, unparteiliche Handhabung der Geschäfte erwarten zu dürfen. Der Redner der tschecho-slovakischen Partei hat uns vorgehalten, daß wir auf dem Gebiet der Schule intolerant gegen seine Aktionen vorgehen. Aber was sich die Tschechen in Ober- und Unter-Österreich geleistet haben, obwohl diese Gebiete bis heute österreichisch sind, spottet jeder Beschreibung. In Unter-Österreich wurde auf Betreiben der Gemeinde vom Lande Niederösterreich unter Mitwirkung des Fürsten Biechtenstein eine der besten Vorschulschulen des Landes errichtet. Die Tschechen haben von der Schule Besitz ergriffen; das erste war, daß sie unter Androhung der ärgsten Brachialgewalt die Lehrpersonen vertrieben haben, daß sie die dem Lande Niederösterreich gehörigen Lehrmittel als Eigentum des tschecho-slovakischen Staates erklärt und diese Schule gesperrt haben. Das Land Niederösterreich hat in Thermenau ganz auf seine Kosten einen Kindergarten errichtet auf Ersuchen der Gemeinde Thermenau, an dem Eltern und Kinder mit Liebe hängen. Die Tschechen sind eingedrungen und die Eltern haben gebeten, man möge den Betrieb des Kindergartens nicht unterbinden. Es hat aber die Kindergärtnerin in gewissenhafter Auffassung ihrer Verpflichtung den Platz nicht geräumt. Sie haben uns vorgeworfen, daß wir aus Böhmen Kartoffeln nach Wien bekommen haben; das ist wahr, aber wir haben auch die Kartoffeln zu dem von ihnen gemachten Preise gekauft. Wir haben aber auch die Menschen, die aus Böhmen sind, bekommen und sie verpflegt. Der böhmische Landesausschuß ist aber die Gebühren für die Kranken und Kinder in den Anstalten schuldig geblieben. Wenn wir heute im Voranschlag eine solche Zahl finden, so ist das darauf zurückzuführen, daß die sogenannten Sukzessionsstaaten solche Schulden haben, die unser Budget so schwer belasten. Wir können also Ihren Vergleich mit den Kartoffeln mit der Pflege Ihrer Kinder und Kranken in unseren Anstalten aufhalten. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Die Antwort der Sozialdemokraten.

Skaret: Die Sozialdemokraten betrachten seit zwanzig Jahren die Durchföhrung der Gemeindeverwaltung mit demokratischem Geist als ihre Aufgabe. Warum haben die Herren, die durch 25 Jahre in der Majorität waren, nicht schon damals ihr Heile so stark ausgeprägtes soziales Empfinden gezeigt. Sie konnten sich nur zum vierten Wahlkörper mit einem Mandat aufhaken, hätten Sie etwas mehr getan, dann könnte die kommunale Verwaltung heute auf einer ganz anderen Grundlage stehen. Es berührt sonderbar, daß Sie uns vorwerfen, wir hätten große Verprechungen gemacht, und jetzt kommen die Enttäuschungen. Ist Ihnen nicht bewußt, unter welchen Umständen wir die Gemeindeverwaltung übernommen haben? Wir haben gegen die Verhältnisse in den letzten fünf Jahren gekämpft, während Sie damit einverstanden waren, und Sie waren noch fast vor dem Schlusse des Krieges von einem Siegesrausch befallen. Wir bringen nach wie vor das eine in die Gemeindeverwaltung mit: Was in unseren Kräften und Können liegt, das wollen wir daransetzen, um die Gemeinde aus diesem Morast, in den die Kriegsherren sie hineingetrieben haben, wieder herauszubringen. Vizebürgermeister Hof hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir die Kapitalisten nicht packen. Wir wollen zugreifen, aber die Christlichsozialen und die Großdeutschen fallen uns in die Arme und hindern uns. Warum haben Sie die Schlüssel beim Entschlußgesetz zu schließen gesucht? Das ist keine aufrechte und aufrichtige Politik, Sie richten Ihre Fahne nach dem Wind. Sie haben kein soziales Empfinden (Beifall links), sondern Sie fühlen sich als Bürgerliche, als Bekämpfer mit den Besitzenden. Kollege Strotel macht uns zum Vorwurf, daß wir es nicht möglich machen, daß sie wenigstens durch ein Mitglied in ihrem Ausschuss vertreten sind. Wir haben uns hier zur Nichtstun gesetzt, wir werden als Majorität nicht unsere Vorfahren nachahmen und nicht Willkür walten lassen, sondern Gerechtigkeit auf Grund des Stärkeverhältnisses anwenden. Wenn es nicht möglich ist, in jedem Ausschuss jeder der vertretenen Parteien — wir haben hier im Gemeinderat sechs — ein Mandat einzuräumen, so machen Sie uns keinen Vorwurf. Wir gehen so vor, wie wir glauben, daß es gerecht ist. Was den Vorwurf des Kollegen Klimesch betrifft, daß die Haltung der Sozialdemokratie nicht

die wahre Internationalität

wäre, so glaube ich, daß die tschechischen Kollegen wohl niemals mit weniger Verechtigung einen solchen Vorwurf gegen die deutsche Sozialdemokratie erheben konnten. Wir haben immer unsere internationale Stellung und nichts als diese hochgehalten. (Aufse rechts: Heil!) Wir werden international bleiben. (Beifall links.) Wir werden uns weder von den Deutschnationalen noch von den Christlichsozialen auf nur einen Zentimeter breit von dieser Linie abwendig machen lassen. Bei Ihnen von der tschecho-slovakischen Parteigruppe haben wir dieselbe Betätigung der Internationalität nicht immer konstatiert. Unsere sozialdemokratischen Vertrauensmänner im tschecho-slovakischen Staate werden darum, weil sie dort nicht heimaberechtigt sind, ausgewiesene, müssen innerhalb drei Tagen den Ort verlassen und nur deshalb, weil sie sozialdemokratische Agitatoren im Dienste der Arbeiterschaft sind.

Klimesch: Während des Krieges! (Aufse der Sozialdemokraten: Nein, jetzt!)

Skaret: Ich werde Ihnen ein kleines Dokument der tschecho-slovakischen Regierung, in der leider auch so viele Sozialdemokraten als Minister sitzen, zur Kenntnis bringen. Es lautet: „Politische Bezirksverwaltung in Kruman. Zahl 505, Präz. 23. Juni 1919. Herrn Leopold Wimmer, Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Kruman im Böhmerwald!“ Es ist also rein deutsches Gebiet. Es heißt nun weiter: Nachdem Sie als Angehöriger der Gemeinde Wien nicht Staatsbürger der tschecho-slovakischen Republik sind und unter den gegenwärtigen Verhältnissen Ihre Anwesenheit im hiesigen Staatsgebiet aus politischen Rücksichten nicht wünschenswert erscheint, finde ich im Sinne des § 3 des Gesetzes vom 5. Mai 1869 (Rufe: Hörl!) R. G. Bl. Nr. 68 (Hörl!), Sie auszuweisen, das Staatsgebiet der tschecho-slovakischen Republik bis 30. d. zu verlassen. (Lebhafte Hörl! Hörl! Rufe.)

Strotel: Das ist die Bezirkshauptmannschaft, aber Sie machen es unseren Arbeitern hier so in der Fabrik.

Hedorsker: Das ist ein besonderes Kapitel, das wissen wir von Floridsdorf aus, darüber seid ihr schon belehrt worden!

Skaret: Man bezieht sich auf ein Gesetz vom 5. Mai 1869 der alten I. L. Regierung. In dem Dokument heißt es dann: „Zum Austritt aus dem Staatsgebiet haben Sie die Eisenbahnlinie Kruman-Bydweiss-Oberehaid zu benützen und sich gelegentlich der Ueberschreitung der Staatsgrenze beim Grenzkommando in Oberhaid zu melden. Gegen diesen Bescheid können Sie binnen 14 Tagen den Refurs bei der politischen Bezirksverwaltung in Kruman einbringen. Einem allfälligen Refurs kommt jedoch eine aufschiebende Wirkung nicht zu.“ Es ist ein Familienvater von fünf Kindern, der schon vor dem Kriege in Kruman als Parteivertrauensmann der Sozialdemokratie tätig war. Nach dem Kriege ist er wieder dorthin gekommen und wird nunmehr ausgewiesen. Während des Krieges sind an den Tschechen durch die Soldateska in Oesterreich zweifellos maßlose Ungerechtigkeiten und Gewalttaten verübt worden. Wir tschecho-slovakischen Sozialdemokraten sind, so oft wir Kenntnis erhielten, entschlossen dagegen aufgetreten. Ich vermissen von Seite unserer tschecho-slovakischen Parteigenossen, daß auch sie gegen solche Gewaltakte Stellung nehmen. Was glauben Sie, wer die Ausweisung dieses Leopold Wimmer bei den tschecho-slovakischen Behörden betrieben hat? Deutschnationale Fabrikanten und das Stift Hohenfurt. (Rufe rechts: Können Sie das beweisen?) Ja, das beweisen wir Ihnen: Seit November vorigen Jahres bemühen sich die Krumaner Papierfabrikanten und andere, den ihnen so lästigen Agitator Leopold Wimmer, einen Floridsdorfer, aus Kruman wegzubringen. (Siegel: Auch der jüdische Spiro ist dabei!) Ja, im Kampfe gegen die Arbeiter, gegen die Sozialdemokraten, findet sich die Kirche mit den Juden und Deutschnationalen. (Beifall links.) Ich bin neugierig, ob Soukup und die anderen sich ermannen und die Sache rückgängig machen werden. Ich halte das für einen beispiellosen Gratz gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterorganisation überhaupt. (Beifall links.)

Rummelhart: Wo ist der Beweis, daß der Vertreter des Stiftes Hohenfurt diesen Mann hat ausweisen lassen? Daß das Stift Aktien besitzt, ist hierfür kein Beweis!

Eidersch: Über Marienbad haben Sie doch auch an die Tschechen verkauft!

Skaret: Da ist es wohl schwer, zu sagen, daß Sie sozial empfinden. Das soziale Empfinden fehlt Ihnen vollständig und das haben Sie bei jeder Forderung im Interesse der Arbeiter gezeigt. Wenn das Verhältniswahlrecht, gegen das Sie sich jahrzehntelang gewehrt haben, nicht eingeföhrt worden wäre, wie würde dann die rechte Seite dieses Saales aussehen!

Es ist auch die Ermahnung getan worden, daß

die Streichung der Kosten für die Fronleichnamspredigt auf Befehl des Arbeiterrates erfolgt ist. Das ist nicht richtig, sondern es ist auf Grund unserer Auffassung erfolgt, die besagt, daß Gemeindegeld nicht für kirchliche Feste verwendet werden sollen. Die Pfarrer und die Pfarren sollen ihre kirchlichen Veranstaltungen machen, wie es ihnen beliebt, wir werden sie nicht stören. Die Länder, der Staat und die Gemeinde aber haben mit solchen Festlichkeiten nichts zu tun. Mit diesem Prinzip werden wir hoffentlich die Gemeinde herausbringen aus der Lage, in der sie sich jetzt befindet. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Machal (Tscheche): Für Wien wäre es gut, die nationale Dege aufzugeben. Es wäre vorteilhaft, wenn mit den übrigen Nationalstaaten Verträge auf Lebensmittel, Stoffen und dergleichen zustande kämen, denn wenn Wien nicht zugrunde gehen will, muß es in gutem Einvernehmen mit den Nationalstaaten stehen.

Ein Kabinettsrat über die Lage Wiens.

Berichterstatter Breiener (Schlußwort): Im Anschluß an die Bekanntgabe über die gestrige Vorschläge beim Staatssekretär für Finanzen teile ich mit, daß heute das Präsidium des Gemeinderates und Mitglieder des Finanzkomitees beim Präsidenten der Nationalversammlung Seig und beim Vizekanzler Finkl vorgeprochen und ihre Unterstützung der vom Staatssekretär Dr. Schumpeter gemachten Zusagen erbeten haben. Beide Herren erklärten, daß sie von der Notwendigkeit, der Stadt Wien zu helfen und ihre schwere Not zu mildern, überzeugt sind. Beide Herren erklärten, daß sie das volle Verständnis für die Notlage der Stadt Wien haben. Heute nachmittag fand ein Kabinettsrat statt, welcher sich mit den Zusagen des Staatssekretärs Dr. Schumpeter beschäftigte und der den Beschluß faßte, dessen Anträge der Nationalversammlung vorzulegen und für sie einzutreten. Damit ist die Sicherheit gegeben, daß wenigstens ein Teil unserer Defizits gedeckt wird. Das vorliegende Budget ist durchaus kein Budget der Resignation, es sind so manche Ansätze zur Erfüllung des sozialen Programms enthalten. Es enthält auch ein großzügiges Programm der Bautätigkeit, das, wenn wir Rohle und Rohstoffe haben werden, auch tatsächlich ausgeführt werden wird. Wir müßten ja so manche Posten streichen, wenn es jedoch gelingen wird, eine Kreditoperation im Ausland durchzuführen, oder wenn ein Abban der Preise erfolgen wird, so werden wir selbstverständlich aus eigenem Antrieb auch Arbeiter, die im Budget nicht eingeföhrt wurden, durchführen. Vizebürgermeister Hof, der gründlichste Kenner des Budgets der Gemeinde, mußte selbst zugeben, daß es schwer wäre, ein anderes Budget vorzulegen. Dieses Budget ist ehrlich und entspricht den tatsächlichen Verhältnissen. Wenn Vizebürgermeister Hof bemängelt hat, daß wir wieder genötigt sein werden, mit Zuschusskrediten zu arbeiten, so kann ich Ihnen die Erklärung geben, daß es sicher der Fall sein wird. Wenn man in Zeiten lebt, in denen sich die Preise von dem Vorn auf den Nachmittag ändern, ist es unmöglich, mit festen Preisen eines Bauprogramms zu kommen. Gegenüber Gemeinderat Breuer bemerke ich, daß von irgend einer Feindschaft gegen das Gewerbe an und für sich keine Rede sein kann, aber wir können naturgemäß von vornherein nicht eine Politik für die Gewerbetreibenden allein betreiben. Ich stelle mit Befriedigung fest, daß Kollege Schmitt erklärt hat, daß seine Partei die Wohnungsaufwandsteuer sehr gern unterstützen werde.

Allen jenen Rednern, die bemängelt haben, daß der Voranschlag im letzten Augenblick ausgegeben worden ist, erwidere ich, daß dies tatsächlich ein Unbehagen ist. Dieselben Bemängelungen sind von meinen Parteifreunden erhoben worden, allerdings nicht öffentlich, aber es ist heute nicht anders möglich gewesen und wird sich in nächsten Jahre sicher nicht wiederholen. Die Hauptursache der Verzögerung ist der Wechsel in der Verwaltung, der sich hier in der Zeit vollzogen hat, wo sonst der Voranschlag fertiggestellt werden muß. Es wäre eine Lächerung, anzunehmen, daß die Bauern in den Ländern Wien nicht beliefern, weil eine sozialdemokratische Mehrheit im Gemeinderat ist. Wien wird deshalb nicht beliefert, weil es den Bauern eine fressende Wunde am Staatskörper erscheint, als eine Stadt, von der sie annehmen, daß sie zum Niedergang verurteilt ist. Die einzig entscheidende Ursache aber ist, daß wir nicht genug Waren erzeugen, die wir als Tausch gegen Lebensmittel abgeben können. In dem Augenblick aber, wo wir wieder produzieren und der Bauer von uns Ackergeräte, Kleider und Schuhe bekommt, wird er sich nicht kümmern, welcher politischen Partei